CDU DIE FRAKTION IM LANDTAG VON BADEN-WÜRTTEMBERG

15. LANDTAG VON BADEN-WÜRTTEMBERG

137. Sitzung Mittwoch, 30. September 2015, 10:00 Uhr

TOP 1

Aktuelle Debatte

Im ÖPNV droht Stillstand –

Dank Minister Hermann!

Rede von

Nicole Razavi MdL

Vorsitzende Arbeitskreis Verkehr und Infrastruktur

der CDU-Landtagsfraktion

Es gilt das gesprochene Wort.

Abg. Nicole Razavi CDU: Herr Kollege Schwarz, dass Sie bei so viel Eigenlob nicht rot anlaufen, das wundert mich ja schon sehr.

Aber in der Tat, die Einigung zwischen der Bundeskanzlerin und den Ministerpräsidenten, das GVFG über 2019 hinaus zu verlängern und die Regionalisierungsmittel zu erhöhen, das ist eine gute Nachricht. Über 200 Millionen € mehr für Baden-Württemberg, das ist auch eine wichtige Entscheidung. Nur, wenn Sie den Königsteiner Schlüssel erwähnen, dann frage ich mich – wenn Sie so viel Eigenlob verteilen –, warum haben wir denn nicht den Königsteiner Schlüssel er-reicht. Lag das denn jetzt nicht am Ministerpräsidenten und am Minister, dass wir darunter geblieben sind? – Also, da müssen Sie aufpassen bei so viel Eigenlob. Wir als CDU-Fraktion bedanken uns nicht bei Ihnen, sondern in erster Linie beim Bund.

Wir waren uns in diesem Haus ja immer einig, dass eine Fortsetzung des GVFG des Bundes zwingend ist und dass die Regionalisierungsmittel nach der Revision steigen müssen, und der Anteil für Baden-Württemberg ebenso. Das hat bereits 2009 der damalige Verkehrs-Staatssekretär, Rudolf Köberle, gefordert, indem er mit Blick auf die Verkehrsentwicklungen sagte:

„Dass nach 2015 die Verteilung der Regionalisierungsmittel neu auf die sehr unterschiedliche Situation und Entwicklung in den Ländern ausgerichtet werden muss, das ist klar."

Die Daehre-Kommission hatte das übrigens auch schon festgestellt, und auch auf Bund- Länderebene gab es hier nie einen Streit. Dass Sie sich, Herr Minister Hermann, in den Verhandlungen nach zwei interfraktionellen Anträgen beim Bund dafür eingesetzt haben, davon gehen wir einfach aus und bezweifeln das auch nicht, dass aber Sie, Herr Schwarz, – nachher wahrscheinlich auch Sie selber – uns in dieser Debatte glauben machen wollen, dass der Verkehrsminister das quasi im Alleingang erzielt hätte, daran zweifeln wir doch sehr.

Übrigens, eines fällt überhaupt auf: Über alle Felder der Verkehrspolitik zwischen Bund und Land hinweg handelt unser Verkehrsminister stets nach einem grotesken Motto, nämlich, solange der Bund nichts tut, ist die CDU schuld, sobald der Bund aber etwas tut, waren es die Grünen und zumeist natürlich er selber.

Zugegeben, meine Damen und Herren, das ist ziemlich ausgebufft, das ist aber auch ziemlich läppisch und, Herr Minister, leider auch überhaupt nicht logisch. Es ist die Bundesregierung,

die deutlich mehr Geld in den Bundesfernstraßenbau investiert, es ist die Bundesregierung, die jetzt auch ein deutliches Signal für mehr Investitionen in den öffentlichen Nahverkehr setzt und vielen Projekten eine Perspektive gibt, und es ist der Bund, der verkehrspolitisch in allen Bereichen in die Offensive geht. Das Land profitiert davon, aber der einzige Anteil, den die Grünen im Bund daran haben, ist, dass Sie alle Erhöhungen der Mittel für Infrastruktur ablehnen.

Also, der Investitionshochlauf in Berlin ist beachtlich, aber wo bleibt eigentlich der Investitionshochlauf im Land? – Fehlanzeige! Im Gegenteil, Sie loben den Bund zu Recht, aber bei Ihnen ist da große Leere.

Schauen wir es uns an: Investitionen in Infrastruktur, Straße und ÖPNV stagnieren oder sinken sogar, und das, obwohl die Finanzsituation im Land mindestens so gut ist wie im Bund.

Das Geld aus Berlin, Herr Minister, nehmen Sie ja sehr gern, leider aber auch nicht immer. Selber tun Sie aber viel zu wenig. Auch schon der Titel dieser Aktuellen Debatte – Herr Schwarz, da müssen Sie vielleicht ein bisschen besser aufpassen – weist ja darauf hin, der Berliner Geldsegen ermöglicht den ÖPNV-Ausbau im Land. Nach vier Jahren, Herr Minister Hermann, ist Ihre Bilanz ziemlich mager.

Das müssen Sie jetzt in den nächsten sechs Monaten kaschieren. Ihre Eigenwerbung kostet nicht nur ein Vermögen, sondern nimmt zuweilen ziemlich groteske Züge an.

Ich sage einmal, als Kinder haben wir ja alle, glaube ich, Asterix und Obelix gelesen. Ich habe da den Majestix vor Augen. Den heben ja seine Gefolgsleute auch immer aufs Schild vor lauter Eigenlob. Das Problem ist nur, er bleibt immer gleich am nächsten Türrahmen hängen und fällt wieder herunter. Daran muss ich immer ein bisschen denken, wenn ich so höre, welche Werbeaktionen Sie in eigener Sache starten.

Nur ein paar Beispiele! Vor kurzem hat der Bund 15 Straßenbaumaßnahmen freigegeben, über 500 Millionen €. Die erste panische Reaktion des Ministers: Viel zu wenig und viel zu spät. Dann hat er gemerkt, dass diese Kritik überhaupt nicht ankommt, und macht die Rolle rückwärts, bejubelt das alles und sagt – das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen –, ja, das ginge ja nur, weil er die ganzen Maßnahmen planfestgestellt habe.

Jetzt haben wir ja einen Antrag gestellt und nachgefragt, wann die Maßnahmen denn alle planfestgestellt und zur Baureife gebracht wurden. Und da stellt sich heraus, keine einzige Maßnahme wurde seit 2011 planfestgestellt und bis zur Baureife geführt.

Das ist die Wahrheit.

Und letzte Woche – machen wir einmal weiter – geben Sie eine eigene Pressemitteilung heraus und verkünden, bei der Elektrifizierung der Hochrheinstrecke hätten Sie einen Durchbruch erreicht. Aber der Durchbruch war gar keiner. Stattdessen im Süden nichts Neues. Sie haben von keinem einzigen der Beteiligten irgendwelche Zusagen.

Nächstes Beispiel! Sie loben sich – Sie haben es erwähnt – nach 4 Jahren Untätigkeit für die Vergabe des Gäu-Murr-Netzes zu einem guten Preis. Und das werden Sie demnächst auch für die Stuttgarter Netze tun. Aber diese Preise waren zu erwarten, nur eben schon viel früher. In Wirklichkeit haben Sie bei den Ausschreibungen viel Zeit und damit Steuergelder vergeudet.

Jetzt werden wir noch einmal ganz tagesaktuell: Sie bringen heute die Novelle des Landes-GHFG in den Landtag ein, Sie loben diesen Entwurf als wegweisendes Instrument für den ÖPNV und für den Straßenbau im Land, und dann behaupten Sie – ich zitiere aus Ihrer eigenen Pressemitteilung vom 22. September –:

„Die betroffenen Verbände und Institutionen haben die geplanten Änderungen mehrheitlich begrüßt und weitere Anregungen abgegeben. Diese wurden sorgfältig geprüft, ins-gesamt gab es jedoch keinen wesentlichen Änderungsbedarf.“

Dem setze ich ein weiteres Zitat aus der Pressemitteilung des Städtetages und des VDV vom 24. September entgegen – Zitat, und jetzt ganz gut zuhören –

„Bei den Verbänden ist nicht klar, wie der Minister zu einer derartig positiven Einschätzung der kommunalen Verkehrsfinanzierung kommen kann. Wir haben das Gefühl, bei einer anderen Veranstaltung gewesen zu sein. Wenn das Ministerium behauptet, es habe im Rahmen der schriftlichen Anhörung seitens der betroffenen Verbände keinen wesentlichen Änderungsbedarf am Gesetzentwurf gegeben, trifft dies nicht den Kern des Problems.“

„Trifft dies nicht den Kern des Problems.“ Der Kern des Problems ist, Herr Minister, dass Ihre Politik die Kommunen und Verkehrsunternehmen völlig überfordert und zu einem Stillstand beim ÖPNV und dem Straßenbau führen wird.

Herr Minister, das sagt nicht irgendwer. Das sagt übrigens auch nicht die Opposition. Das sagen die Spitzen der Kommunen und der Verkehrsunternehmen im Land. Vernichtender kann ein Urteil über Ihre Arbeit, über die Arbeit des Verkehrsministers in Baden-Württemberg, nicht ausfallen. Sie peitschen dieses Gesetz gegen die berechtigten und begründeten Interessen der Betroffenen mit einer erschreckenden Ignoranz und einer erschreckenden Überheblichkeit durch. Sie kündigen damit endgültig die bislang gute Partnerschaft des Landes mit den Kommunen auf.

Meine Damen und Herren, wir wissen auch warum: Sie sind nämlich ein Getriebener. Schon im letzten Jahr sind Sie mit einem völlig verkorksten Gesetz am Widerstand der Betroffenen gescheitert, nämlich mit der ÖPNV-Finanzierungsreform. Ich kann nur sagen: Zum Glück sind Sie gescheitert. Aber das können Sie sich eben nicht noch einmal erlauben.

Jetzt scheuen Sie sich sogar vor einer öffentlichen Anhörung, damit die Wahrheit nicht auf den Tisch kommt. In ganz entscheidenden Punkten stimmt Ihnen nämlich niemand zu. Niemand stimmt Ihrem Gesetzentwurf zu. Und so, Herr Minister und verehrte Kolleginnen und Kollegen von den Grünen, wird der Ausbau des ÖPNV im Land ganz bestimmt nicht weitergehen. Wir wollen von Ihnen heute wissen, wie Sie den ÖPNV im Land voranbringen wollen, wo Sie die gewonnenen 200 Millionen € investieren. Zeigen Sie uns, dass Sie nicht nur gern Geschenke annehmen, sondern auch aus eigener Kraft und mit eigenen Konzepten gute Politik fürs Land machen. Wir sind gespannt.

2. Teil der Plenarrede von Nicole Razavi MdL:

Abg. Nicole Razavi CDU: Herr Schwarz, an sich verstehen wir uns ja ganz gut. Aber ich muss ehrlich sagen – das meine ich jetzt ganz ernst –: Mir wird fast ein bisschen schlecht, wenn ich höre, mit welcher Unverfrorenheit Sie hier vorn Unwahrheiten erzählen.

Aber ich muss auch sagen, ich bin froh, dass alles im Protokoll steht, denn wir werden das alles auseinandernehmen. Sie wissen, dass Ihre Zahlen nicht stimmen. Sie wissen, dass Ihre Zahlen frisiert sind.

Wer hier im Saal ebenfalls weiß, dass Ihre Zahlen nicht stimmen, das sind der Minister und seine Mitarbeiter. Was Sie behaupten, ist schon in Anträgen, die wir gestellt haben, alles widerlegt worden. Dass Sie sich dazu herablassen, in diesem Stil Politik zu machen – wir sind hier ja nicht irgendein Spaßverein, der sich irgendwelche Dinge um die Ohren haut, sondern eine gewisse Seriosität in dem, was man behauptet, und ein Fundament sind, denke ich, zu erwarten. Nur, Herr Schwarz, zu dem, was Sie hier tun, fehlen mir einfach die Worte.

Aber auch der Minister hat Sie ja schon ein wenig korrigieren müssen. Herr Minister, ich fand Ihre Rede gut. Das ist ernst gemeint. Was mir aber gefehlt hat, ist, dass Sie das was der Bund macht, anerkennen und sagen: Wir haben alle dafür gekämpft. Sie sind bei der Überschrift „ÖPNV-Ausbau kann weitergehen ...“ aber schuldig geblieben: Was tut denn das Land dafür? Immer nur auf den Bund zu zeigen und zu sagen, Bund, gib mehr Geld; und endlich hat der Bund mehr Geld gegeben – eine Blockade war es nicht, sondern die Verhandlungen waren schwierig, das wissen Sie genau, aber vom Land kommt überhaupt nichts.

Insgesamt, Herr Schwarz, sind die Mittel im Straßen-bau nicht mehr geworden, um keinen Euro. Im Gegenteil, Sie haben in Ihrer Regierungszeit zwischen 2011 und 2014 die Mittel zwischendurch erheblich abgesenkt, und jetzt, vor der Wahl, machen Sie eine Spatenstichhysterie, damit das im Land in Vergessenheit gerät.

Zum Thema Ausschreibungen im SPNV: Die Gäu-Murr-Bahn wurde ausgeschrieben und ein guter Preis erzielt. Ich kann nur sagen: Genau das haben wir erwartet. Deshalb haben wir immer gesagt, das muss schneller passieren.

Stuttgarter Netze – hoch lukrativ, auch dort werden Sie einen guten Preis im Wettbewerb erzielen, den es übrigens im Jahr 2003 noch gar nicht gab. Hoffentlich tun Sie das. Es ist Ihre Pflicht und Schuldigkeit.

Worüber Sie überhaupt nicht reden – Sie wissen genau warum, denn Sie retten sich gerade bis zum Wahltag, was nach 2016 passiert, das interessiert Sie heute nicht: Was ist mit den Netzen, die nicht so lukrativ sind? Was geschieht mit diesen Ausschreibungen? Welche Preise werden Sie dort erzielen? Was ist mit dem Übergangsvertrag? Wird er auch so günstig sein wie die Gäu-Murr-Bahn oder die Stuttgarter Netze, oder wird er womöglich teurer werden? Diese Differenz, Herr Minister, dieses zusätzliche Steuergeld liegt in Ihrer Verantwortung. Das wird das Land teuer zu stehen kommen. Wir zählen nach 2016 zusammen, und

dann werden wir Ihnen das im Wissen, dass wir das alles jetzt schön zu Protokoll gegeben haben, vorrechnen.

Vielen Dank!